Beschluss Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

| | |
|---|---|
| Gremium: | Landesdelegiertenkonferenz |
| Beschlussdatum: | 01.07.2023 |
| Tagesordnungspunkt: | EU Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa |

# Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

Nur gemeinsam sind wir stark
Wir leben in einer Zeit, die von globalen Krisen und Herausforderungen geprägt ist, deren Dimensionen nationalstaatliche Handlungsräume bei weitem übersteigen. Die Corona-Pandemie, die sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Folgen des russischen Einmarsches in die Ukraine oder die Klimakatastrophe lassen sich nur in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren europäischen und internationalen Partner*innen meistern. Diese multiplen globalen Krisen, die auch in Baden-Württemberg spürbar sind, verdeutlichen nochmals, dass ein starkes und handlungsfähiges Europa aus baden-württembergischer Perspektive kein Selbstzweck ist: Eine demokratische, ökologisch und wirtschaftlich starke Europäische Union liegt auch im Interesse unseres Bundeslandes. Auch deshalb gehören die Stärkung Europas und die Vision einer föderalen europäischen Republik zu den Leitlinien Grüner Landespolitik.

Baden-Württemberg ist mit seinen 11 Millionen Einwohner*innen größer und wirtschaftlich stärker als mancher Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das verleiht bei europapolitischen Fragen Gewicht, ist aber auch mit Verantwortung verbunden. Auch in Zukunft muss Baden-Württemberg daher sein politisches Gewicht für gemeinsame europäische Lösungen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für einen starken und sozialen Binnenmarkt mit nachhaltigem Wachstum, für faire Handels- und Arbeitsbedingungen, für eine globale friedliche Entwicklung und eine zukunftsfähige und humane Migration einsetzen. Noch nie zuvor waren Grüne gleichzeitig in Baden-Württemberg und - mit BMWK und Auswärtigem Amt – auch auf Bundesebene an europapolitisch entscheidenden Stellen in Regierungsverantwortung. Diese Chance wollen wir nutzen, um Europa mit vereinten Kräften weiterzuentwickeln.

Geographisch hat Baden-Württemberg eine besondere Position im Herzen Europas an zwei großen europäischen Flüssen, dem Rhein und der Donau. Die Entwicklung des Friedensprojekts Europa lässt sich eindrucksvoll anhand dieser beiden Flüsse skizzieren. Lange war die deutsche Perspektive auf den Rhein geprägt vom nationalistisch aufgeladenen Mythos des „deutschen Flusses“. Sowohl Deutschland als auch Frankreich erhoben Anspruch auf den 1.233 Kilometer langen Fluss als Nationalsymbol, immer wieder war das rohstoffreiche Rheingebiet Gegenstand militärischer Auseinandersetzungen. Heute trennt der Rhein nicht mehr, sondern versinnbildlicht die engen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und vor allem freundschaftlichen Bande, die Baden-Württemberg mit seinen französischen Partnerregionen pflegt. Ziel für uns Grüne in Baden-Württemberg ist es, die

grenzüberschreitenden Kooperationen am Oberrhein, wie auch am Bodensee und am Hochrhein unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verkehr und Tourismus weiter voranzutreiben. Eine solche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg birgt beispielsweise nicht nur große Potentiale im Bereich wirtschaftlicher Entwicklung, sondern macht den Mehrwert Europas durch vereinfachte Verwaltungsvorgänge, durch grenzenloses Reisen und durch Begegnungen mit den Bürger*innen der Nachbarstaaten auch für die Menschen in Baden-Württemberg erfahrbar. Mit der Europa-Wahl vor der Haustür ist es unsere Aufgabe, in den Kommunen und Wahlkreisen vor Ort verstärkt für die konkreten Vorteile zu werben, die Europa jetzt schon bietet.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung wurde ein weiterer großer europäischer Fluss, die Donau, zur Entwicklungsachse eines neuen Europas. Auf ihrem Weg vom Ursprung im Schwarzwald bis ins schwarze Meer fließt die Donau durch 10 Länder und verbindet unser Bundesland mit den Ländern Mittel und Ost-Europas. Wir unterstützen eine Fortsetzung der EU-Donauraumstrategie durch die baden-württembergische Landesregierung, mit der fruchtbare Kooperationen mit den Staaten entlang der Donau in den Bereichen von Umweltschutz, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt gefördert werden.

Die Erweiterung der Union entlang der europäischen Lebensader Donau ist allerdings noch nicht beendet: Im Donauraum liegen die Beitrittskandidaten Serbien und Moldau, an der Mündung der Donau liegt die Ukraine - ein Land, das seit über einem Jahr mit dem höchstmöglichen Preis einsteht für das, was Europa im Kern ausmacht: Frieden und Freiheit. Wir verstehen es daher als unsere Verpflichtung, der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Unsere Unterstützung wird nicht enden, wenn die Kämpfe enden. Denn dann beginnt der Wiederaufbau eines Landes, dessen Aufnahme in die Europäische Union uns alle stolz machen wird.

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zäsur für ganz Europa und hat uns wieder bewusst gemacht, welch unverändert große Bedeutung das europäische Projekt auch als Garant für Frieden hat. Gerade angesichts äußerer Bedrohungen wie eines aggressiv agierenden Russlands, aber auch im Lichte eines erstarkenden Nationalismus in einigen Ländern der EU, sind wir alle gefordert, für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit einzustehen, auch über die europäischen Außengrenzen hinaus.

Wir wollen Europa “von unten” stärken, indem Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Institutionen demokratisiert werden. Durch einen Ausbau von Informationsmöglichkeiten über europäische Politik, grenzüberschreitenden Austauschmöglichkeiten und gemeinsamer Infrastruktur über Grenzen hinweg muss eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung des europäischen Projekts gefördert werden. Für gestärkte Wurzeln der Europäischen Union ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass Bürger*innen in Zukunft ihre Vorstellungen von Europa vermehrt einbringen und auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Für uns ist klar: Europa ist dann stark, wenn es ein Europa der Europäer*innen ist!

Mit dem europäischen Green Deal unser Klima schützen und europäische Wirtschaft zukunftsfähig gestalten!
Im Zentrum der Grünen Klima-, Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik steht die Garantie von Freiheit und Gerechtigkeit für uns und für kommende Generationen sowie eine Verantwortung für die Auswirkungen unseres Handels auch auf Menschen

in anderen Teilen der Welt. Wir sind die erste Generation, die ein Leben ohne fossile Kohle, Öl und Gas führen können wird. Der Klimaschutz ist in den letzten Jahren ins Zentrum der europäischen Politik gerückt. Die starke Stimme der europäischen Jugend, die Millionen von Bürger*innen auf der Straße, aber auch Stimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft haben den europäischen Green Deal erst möglich gemacht. Der schnelle Ausbau von Sonnen- und Windkraft, ein klimaschutzermöglichender $CO_2$-Preis und die notwendige Umstellung auf E-Mobilität konnten bereits umgesetzt werden. Diese Grünen Erfolge sind erst der Anfang: Die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad ist für uns eine Menschheitsaufgabe. Baden-Württemberg befindet sich dabei bereits auf dem richtigen Pfad: Das für Baden-Württemberg festgesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 muss für ganz Europa ein mutiges Vorbild sein.

Der Abkehr von den fossilen Energieträgern ist eine geopolitische Notwendigkeit, die erneuerbaren Energien sind dabei Garant für niedrige Preise und für Unabhängigkeit von aggressiven Diktator*innen wie Putin. Dank neuer EU-Gesetze werden auch in Baden-Württemberg die Genehmigungsprozesse für erneuerbare Energie-Projekte spürbar beschleunigt. Wir setzen uns auch für ein Europa ohne Atomkraft ein. Auch die industrielle Holzverbrennung zur Stromgewinnung kann keine Option sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Energiehunger weltweit Wälder, die als Kohlenstoffsenken einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, zerstört. Regionale Holznutzung aus nachhaltiger Waldwirtschaft zur Wärmegewinnung kann dagegen einen Beitrag in der Energiewende leisten. Ein klimafreundliches Europa braucht allerdings auch seine Bürger*innen als Treiber*innen der Energiewende. Dazu sind integrierte europäische Energienetze nötig und Bürger*innen, die zu Energieproduzent*innen werden, sei es über die Solaranlagen auf dem Dach oder dem Balkon, über das dezentrale Ein- und Ausspeichern von Strom und die Beteiligung an Bürger*innen-Energiegenossenschaften. Das vor Jahren von der EU beschlossene Energy Sharing, also das einfache Teilen selbst erzeugten Stroms, wollen wir zeitnah in nationales Recht umsetzen.

Ein Viertel der europaweiten $CO_2$-Emissionen ist auf den Verkehrssektor zurückzuführen. Das macht klar: Europäischer Klimaschutz braucht eine echte europäische Verkehrswende. Baden-Württemberg hat bereits wichtige Schritte zum Ausbau von nachhaltigem Verkehr und öffentlichem Nahverkehr umgesetzt, die europaweit als Vorbild dienen können. Die EU kann durch gezielte Maßnahmen den Rahmen setzen für eine saubere, inklusive, auf unterschiedlichen Verkehrsmitteln beruhende, grenzüberschreitende Mobilität im Personen- und Güterverkehr in ganz Europa. Mit Nachtzügen können attraktive Verbindungen zwischen den europäischen Metropolen ausgebaut und besonders klimaschädliche Flüge vermieden werden.

Der Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung unserer Industrie ist kein selbstloses Handeln der Europäer*innen, denn längst gibt es einen globalen Wettbewerb darum, wo die grünen Zukunftstechnologien entstehen. China und die USA drohen Europa dabei vorauszueilen. Außerdem liegt auf der Hand, dass es dort, wo Strom aus Sonne und Wind fließt, die günstigste Energie gibt. Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren verspricht Standortvorteile für Europa. Deshalb müssen wir in der Europäischen Union so schnell wie möglich zu einer Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien kommen und den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft schnell voranbringen. Bei allem Tempo gilt es, den Ausbau mit den Zielen im Natur- und Artenschutz in Einklang zu bringen.

Die massiven Subventionsprogramme für die Klimaindustrie in den USA und China sind eine Chance, denn sie können eine Hebelwirkung für klimafreundliche Investitionen in den beiden Ländern auslösen. Gleichzeitig sind sie auch eine Herausforderungen: Auch in Europa brauchen wir einen industriellen Aufbruch, um den Anschluss an China und die USA nicht zu verlieren. Dazu ist eine gemeinsame europäische Industriepolitik notwendig. Diese muss von Bulgarien bis Portugal gelingen. Dazu sind neben dem Abbau bürokratischer Hürden und besseren Rahmenbedingungen für Innovation auch zusätzliche gemeinsame finanzielle Anstrengungen notwendig, ohne dabei in einen Subventionswettlauf zu verfallen. Die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen, von Speichern, Wärmepumpen und Elektrolyseuren, von grünem Stahl und grüner Chemie sowie von batterieelektrischen Fahrzeugen muss in Europa gelingen, Innovation und Technologien müssen hier gehalten und vorangebracht werden. Dort finden sich gute und sichere Industrie-Arbeitsplätze und der Wohlstandsmotor der Zukunft. Gerade Baden-Württemberg, mit seinen innovativen Köpfen und seinem herausragenden Maschinen- und Anlagenbau, hat die Chance, im Zentrum dieser Modernisierung zu stehen. Es ist wichtig, dass auch die wirtschaftlich starken Regionen in Europa von europäischer Förderung profitieren. Oft verbieten europäische Binnenmarktregeln dem Land Baden-Württemberg die Unterstützung. Das muss sich ändern, denn gerade in Baden-Württemberg leben wir mit unseren Strategie-Dialogen vor, wie erfolgreiche Industriepolitik funktioniert. Gerade beim Beihilferecht treten wir dafür ein, dass Möglichkeiten zur Ansiedelung von Unternehmen auch für Innovationsregionen wie Baden-Württemberg geschaffen werden, um die Transformation kraftvoll und als Motor voranzutreiben. Hierbei kommt auch dem Ausbau von Produktionskapazitäten im Gesundheitsbereich eine entscheidende Rolle zu. Auch der Bereich der digitalen Zukunftstechnologien ist von industriepolitischen Herausforderungen geprägt. Die EU hat mit ihrem Ansatz der „ethischen KI“ die Chance, einen Prototyp der Regulierung von künstlicher Intelligenz auszuarbeiten, der globale Strahlkraft entfalten kann. Für ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg gilt es, diese Prinzipien mit Leben zu füllen und so ihre Umsetzung sicherzustellen.

Eine zentrale Aufgabe ist es, eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen zu schaffen. Die Energiewende und die Digitalisierung werden ohne kritische Rohstoffe nicht funktionieren. Gleichzeitig ist Europa wie Baden-Württemberg etwa bei einzelnen weiterverarbeiteten Rohstoffen übermäßig abhängig von China. Solche gefährlich hohen ökonomischen Abhängigkeiten machen es uns schwer, dem chinesischen Regime auf Augenhöhe zu begegnen, sie gefährden unsere politische Handlungsfähigkeit und auch unsere Sicherheit. Ebenso gilt dies für Abhängigkeiten von anderen autoritär regierten Ländern und global tätigen Konzernen. Deshalb müssen wir in Europa Abhängigkeiten reduzieren und Verwundbarkeit minimieren. Es ist gut und war dringend notwendig, dass das europäische Rohstoffgesetz, der Critical Raw Materials Act, die EU-Rohstoffgewinnung sowie Weiterverarbeitung und Recycling in Europa vorangebracht wird. Dadurch haben wir auch die Chance, neue Technologien und Prozesse zu entwickeln, um Eingriffe in die Natur zu minimieren und Naturverbrauch zu begrenzen. Bei der Kreislaufwirtschaft wollen wir in Baden-Württemberg mit an der Spitze sein für eine größere europäische Resilienz.

Für eine innovative und resiliente Wirtschaft gilt es, den europäischen Binnenmarkt 30 Jahre nach dessen Gründung weiter zu stärken und die Beziehungen zu unseren internationalen Partnern auszubauen. Gerade Baden-Württemberg, unser

Mittelstand und unsere großen global player profitieren davon, dass die EU Rohstoffpartnerschaften mit Leben füllt, Lieferketten diversifiziert und gerechte Handelsverträge mit verbindlichen Sozial- und Umweltstandards voranbringt. In der Handelspolitik setzen wir auf Fortschritte im Rahmen der WTO und setzen uns ein für dekoloniale Handelsverträge, die der Bevölkerung vor Ort gerecht werden. Zudem brauchen wir Regelungen zu Lieferketten, den Vorrang demokratisch legitimierter Regulierung, Klimagerechtigkeit, nachhaltige Ressourcennutzung und die Sicherung des Vorsorgeprinzips. Nur in einer handlungsfähigen Europäischen Union kann Baden-Württemberg weiterhin erfolgreich sein und können wir unserer Verantwortung, das Klima und die Menschen zu schützen, gerecht werden. Wir GRÜNE in Baden- Württemberg setzen uns konsequent dafür ein, dass wirtschaftliches Handeln im Einklang mit geltenden Menschenrechten steht, unsere Lebensgrundlagen schützt und den Interessen der Menschen dient.

Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt
Die Ziele des europäischen Green Deals im Bereich Umweltpolitik und Landwirtschaft, der Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit, muss in Zukunft mit stärkerem Nachdruck verfolgt werden. Konkret möchten wir Grüne erreichen, dass die Ökosystemfunktionen unserer Wälder, Wiesen und Moore anerkannt und gefördert werden. Für den Erhalt von Flächen muss es als alternative wirtschaftliche Nutzung Förderung geben.

Die EU muss Treiber der Transformation hin zu einer ökologischen, naturnahen Landnutzung sein. Zum Schutz freilebender Arten müssen Rückzugsorte für Wildtiere durch nutzungsfreie Ökosysteme (z.B. Bannwald) geschaffen werden. Die Kommunen müssen bei einem effektiveren Schutz von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten unterstützt werden. Wir brauchen unsere Wälder als Klimaregulierer und Schatzkammern der Biodiversität. Darum müssen Kahlschläge – die großflächige Abholzung von Gebieten und damit Zerstörung des Ökosystems Wald – in ganz Europa verboten werden. Für konsequentes Monitoring sowie finanzielle Förderprogramme benötigen wir eine klare Definition einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Wir wissen, dass wir durch angepasstes Waldmanagement der Trockenheit der Wälder zuvorkommen und somit Waldbrände begrenzen können. Baden-Württemberg ist mit 1,4 Mio. Hektar Wald eines der waldreichsten Bundesländer. Wir Grüne packen an für den Wald - denn Waldschutz ist Klimaschutz!

Es gilt, unsere Lebensgrundlagen europaweit zu schützen und vor Ort konkrete Lösungen anzubieten. Insbesondere muss die EU landwirtschaftliche Betriebe stärken, die für gesunde und schmackhafte Nahrungsmittel, fruchtbare Böden, sauberes Wasser, gute Tierhaltung und für den Erhalt der Lebensräume von Insekten und Vögeln sorgen. Unser Leitbild der ökologischen Landwirtschaft mit ihren Prinzipien Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und Freiheit von synthetischen Pestiziden gilt für uns auch als Leitlinie unserer europäischen Agrarpolitik. Wir müssen weg von der Flächenförderung und hin zur Förderung von ökologischen, tierfreundlichen und regionalen Bewirtschaftungsformen.

Wir wollen allen Bürger*innen ermöglichen, sich gesund und nachhaltig ohne Lebensmittelverschwendung zu ernähren. Die EU kann über die Förderung des Ökolandbaus sowie die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln Bio wieder attraktiver machen und faire Preise in der Landwirtschaft voranbringen. Das EU-Vergaberecht und Förderprogramme der Vom Hof auf den Tisch-Strategie

können vor Ort für mehr Bio in den Kantinen für Groß und Klein sorgen und regionale Lieferketten fördern.

Für ein Europa der Bürger*innen
Die baden-württembergische Landesverfassung enthält das klare Bekenntnis, Baden-Württemberg in einem vereinten Europa zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen aktiv mitzuwirken.

Die Grün-geführte Landesregierung hat dieses Ziel immer vorangestellt und mit dem Europa-Leitbild europapolitische Grundsätze erarbeitet, die die maßgeblichen Leitlinien unserer Europapolitik definieren. Ein ganz wichtiger Baustein: Wir machen Europapolitik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam – in verschiedenen Bürgerdialogen im ganzen Land. Mit unserem Europadialog haben wir im Land bereits im Jahr 2018 eine Blaupause für einen gelungenen Dialogprozess zu Europa geliefert. Viele Elemente daraus hat sich die EU-Kommission zum Vorbild genommen, als sie die Konferenz zur Zukunft der EU mit breiter Beteiligung europäischer Bürger*innen konzipiert hat.

Für uns Grüne ist es zentral, dass diese Ergebnisse aus der Zukunftskonferenz, die zusammen mit Bürger*innen erarbeitet worden sind, jetzt auch zügig umgesetzt werden: Wollen wir Europa stärken, müssen wir es z.B. durch Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Finanzpolitik, durch den Aufbau krisenfester Wirtschafts- und Gesundheitssysteme und durch eine Reform der europäischen Institutionen weiterentwickeln. Insbesondere bei einer Reform des europäischen Institutionengefüges wollen wir auch künftig die Bürger*innen einbinden und Bürgerdialoge auf europäischer Ebene institutionalisieren sowie die Verbindlichkeit der Ergebnisse von Bürgerdialogen stärken.

Europa zu stärken heißt für uns aber auch, Europa zu leben. Im Austauschprogramm Erasmus+ können Studierende interkulturelle Kompetenz und Sprachkompetenzen ausbauen und damit ihre Karrierechancen auf einem europäischen Arbeitsmarkt begünstigen. Unser Kontinent rückt durch das Austauschprogramm auch auf privater Ebene zusammen: Seit Beginn des Programms im Jahr 1987 wurden über eine Million Erasmus-Babys geboren. Allerdings ist Erasmus+ weiterhin mit hohen finanziellen Hürden verknüpft. Deshalb schließen wir uns der Forderung nach einer Erhöhung der Fördersummen an. Weiterhin ist für uns Grüne zentral, dass die europäischen Austauschprogramme noch stärker auch für Menschen geöffnet werden, die eine Ausbildung machen. Wir wollen die Integration von Erasmus+ in den Ausbildungsablauf verbessern und Ausbildungsunternehmen mit Auszubildenden im Erasmus+-Programm unterstützen. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber auch für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch gar nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit angehen. Auch den Beitrag von Städtepartnerschaften und kulturellem und zivilgesellschaftlichem Austausch gilt es weiter zu stärken.

Zu einem Europa der Bürger*innen gehört auch, dass wieder mehr Menschen die Sprache der Nachbar*innen lernen. Das Erlernen von Französisch, insbesondere an Grundschulen, hat für uns aufgrund der Nähe zu Frankreich einen besonderen Stellenwert. Um ein besseres Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und Themen auf europäischer Ebene zu etablieren, muss eine stärkere Vermittlung europapolitischer Inhalte an den Schulen in Baden-Württemberg stattfinden.

Für ein demokratisches und rechtsstaatliches Europa
Wir Grüne stehen für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und für eine lebendige, europäische Demokratie, an der die Bürger*innen direkt teilhaben. Unser Ziel ist es, die Rechtstaatsinstrumente der EU konsequenter zu nutzen und weiterzuentwickeln. Wir begrüßen die Einsetzung einer deutsch-französischen Expert*innengruppe, die unter anderem hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten soll. Baden-Württemberg ist vielfältig in Europa engagiert. Von unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen Grundwerten wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Als Land stärken wir konkret die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort, etwa über gemeinsame Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder das Danube Youth Council.

Wir unterstützen den Einsatz der EU-Kommission für Medien-, Presse- und Informationsfreiheit und digitale Grundrechte sowie den Kampf gegen Fake News in der gesamten EU. Wir bringen uns konstruktiv in die Debatte um eine auch für Deutschland und die Bundesländer sinnvolle Ausgestaltung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes, das die Unabhängigkeit und Pluralismus von Medien stärkt, ein. Außerdem unterstützen wir die Umsetzung des Europäischen Gesetzes über digitale Dienste, das unter anderem zu einem sicheren und vertrauenswürdigeren Online-Umfeld für die europäischen Nutzer*innen beiträgt. Gleichzeitig drängen wir in Debatten um die Regulierung des digitalen Raums auch weiterhin auf die Achtung von digitalen Grundrechten wie der Redefreiheit im Internet und lehnen die Einführung einer Chatkontrolle ab.

Wir Grüne wollen Europawahlen europäischer und lebendiger machen. Wir stehen für die Einführung transnationaler Listen und eines Spitzenkandidat*innenprinzips bei Europawahlen, um den gesamteuropäischen Charakter der Wahl und die unmittelbare Legitimation von Spitzenpositionen in der EU durch die Wähler*innen zu stärken. Über den Bundesrat wollen wir deshalb entsprechende Initiativen wie den Wahlrechts-Vorschlag des Europaparlaments von 2022 aktiv unterstützen und bei unseren europäischen Partner*innen dafür werben.

Für ein Europa, das für gute Arbeit, humane Migrationspolitik und soziale Sicherheit steht
Als Grüne Baden-Württemberg setzen wir uns für die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde auch an den europäischen Außengrenzen ein. Die EU muss dafür sorgen, dass das Sterben im Mittelmeer endet. Wir stehen hinter dem Länderratsbeschluss vom 17. Juni: Das Ergebnis des Ministerrates zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem (GEAS) im Juni 2023 kann zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung stellen. Wir sehen das europapolitische Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen, für die es angesichts vieler restriktiver Mitgliedstaaten keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne den Einsatz von grünen Regierungsmitgliedern ein schlechterer gewesen. Doch er enthält auch substanzielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht falsch finden. Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission setzen wir uns daher für Verbesserungen ein. Unter anderem ist für uns wichtig, dass Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung von Geflüchteten auf die Mitgliedsstaaten. Das Ergebnis werden wir daran messen,

ob es substanzielle Verbesserungen für die Geflüchteten und Europa enthält. Denn: Eine Flucht nimmt kein Mensch grundlos auf sich, weshalb wir durch die Unterstützung von den Menschen in Herkunfts- und Transitländern die Ursachen von Flucht und Migration bekämpfen wollen.

Viele neue Arbeitsplätze werden durch den Wandel zu einer klimaneutralen Produktion und neuer Klimaindustrie geschaffen, doch gleichzeitig kämpfen wir landes- und europaweit gegen den Fachkräftemangel. Diesen wollen wir mit Programmen zur Integration und beruflichen Aus- und Weiterbildung von hier lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, sowie einer Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verringern. Die erfolgreiche Westbalkan-Regel, mit der Staatsangehörige der sechs Balkanländer ohne formales Qualifikationserfordernis, sondern unbürokratisch auf Basis der Entscheidung von europäischen Arbeitgeber*innen Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erhalten, sehen wir als gutes Beispiel der Integration und unterstützen die Weiterentwicklung und Ausweitung auf andere Regionen.

Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass die europäische Energie- und Wärmewende sozial gerecht erfolgt. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung des europäischen Klimasozialfonds aus, mit dem schutzbedürftige, z.B. einkommensschwächere Bürger*innen und Kleinstunternehmen bei energetischer Sanierung, Nutzung erneuerbarer Energien und Elektromobilität unterstützt werden.

Wir treten auch europaweit für gute Aus- und Weiterbildungsbedingungen sowie eine europäische Mindestsicherung ein und exportieren positive Aspekte unserer baden-württembergischen Ausbildungskonzepte über unsere Unternehmen und unseren regionalen Kooperationen in unsere Partnerregionen. Projektpartner*innen aus anderen europäischen Regionen bieten wir technische und finanzielle Unterstützung bei Projekten zur Förderung der Beschäftigung, Bildung oder sozialen Integration an. Dem Ausnutzen von Arbeitnehmenden, wie durch das “Slave Law” in Ungarn, das Arbeitgeber*innen unter anderem die Anordnung von bis zu 400 Überstunden erlaubt, wirken wir entschieden entgegen.

Für ein Europa, das Regionen und Menschen verbindet
Die Zusammenarbeit an konkreten grenzüberschreitenden Projekten in den Grenzregionen schafft Zusammenhalt und Erleichterungen, von denen die Menschen im Alltag profitieren. Wir unterstützen insbesondere eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Auch für Klima und Umwelt kann die Zusammenarbeit einen Mehrwert bringen, wie das Wärmebündnis Kehl-Straßburg zeigt. Der Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen wie auf den Strecken Rastatt-Haguenau-Saarbrücken sowie Colmar-Freiburg und die grenzüberschreitende Vernetzung der CO2-armen Verkehrsträger haben für uns höchste Priorität.

Rechtliche und administrative Hemmnisse, die grenzüberschreitenden Projekten im Wege stehen, sollen so weit wie möglich abgebaut werden. Wir unterstützen die Schaffung von Instrumenten auf europäischer Ebene, die helfen, solche Hindernisse systematisch zu identifizieren und abzubauen. Hier sehen wir im Kontext der Vier Motoren für Europa weiteres Verbesserungspotential, um diese Kooperation zwischen den wirtschaftsstarken Regionen noch weiter zu stärken. Mit dem neuen Business Passport haben die vier Regionen bei Übernahme der baden-württembergischen Präsidentschaft ein gelungenes Projekt weiterentwickelt, mit

dessen Hilfe kleine und mittelständische Unternehmen, die sich beispielsweise für den Aufbau von Geschäftsbeziehungen oder Ansiedlungen in einer Partnerregion interessieren, schnelle und passgenaue Angebote erhalten.

Wir wünschen uns von der deutschen und französischen Regierung eine noch engere Zusammenarbeit bei der einheitlichen Umsetzung von EU-Richtlinien, insbesondere in den Grenzregionen. Damit können Probleme wie beispielsweise die Nichtanerkennung der Umweltplakette im Nachbarland künftig vermieden werden. Der Aachener Vertrag bietet zudem eine Experimentierklausel, die für bestimmte Projekte Ausnahmen von nationalem Recht ermöglicht - von ihr wollen wir auch Gebrauch machen.

In der Pandemie mussten wir lernen, wie schmerzhaft es für die Menschen ist, wenn unsere offene Grenze nach Frankreich plötzlich wieder geschlossen ist. Das darf künftig keine Option mehr sein!

Auch nach dem Ende der Coronamaßnahmen machen viele Menschen von der Möglichkeit Gebrauch, im Home Office zu arbeiten. Wir fordern von der Bundesregierung eine Neuregelung der Telearbeit, um Grenzgänger*innen auch in Zukunft ohne Wechsel des Sozialversicherungssystems zu ermöglichen, mehr als 25 Prozent ihrer Arbeitszeit entweder mobil oder in Telearbeit in ihrem Wohnsitzland zu leisten. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz wollen wir in Baden-Württemberg dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit mit unseren Schweizer Nachbarn einen neuen Schub erhält. Wir begrüßen es sehr, dass EU-Kommission und Schweizer Regierung an der Sicherung und der Weiterentwicklung des bilateralen Weges arbeiten. Wir brauchen innerhalb Europas mehr Kooperation und nicht weniger. Mit der angelaufenen Fortschreibung der Schweiz-Strategie hat auch das Land ein wichtiges Gestaltungsinstrument für die weitere Vertiefung der Beziehungen in der Hand. Gerade in diesen industrie-, klima- und geopolitisch herausfordernden Zeiten sind Kooperationen mit der Schweiz, unter anderem in den Bereichen Wissenschaft & Innovation, Energieversorgung, Gesundheit und Wirtschaft, unabdingbar.

Die deutsch-französische Partnerschaft ist auch im Bereich der inneren Sicherheit von großer Bedeutung. Das Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit und die deutsch-französische Wasserschutzpolizei in Kehl sind Vorbilder für gemeinsame Zentren und leben den europäischen Gedanken. Da Sicherheit grenzüberschreitend organisiert sein muss, setzen wir uns für den Ausbau solcher Kooperationen ein. Mit dem Dynamischen Europapool Baden-Württemberg haben wir bisher als einziges Land die Möglichkeit für Landesbedienstete geschaffen, sich an europäische und internationale Institutionen abordnen zu lassen. Dieses Instrument wollen wir weiterentwickeln und bessere Anreize schaffen, damit es von noch mehr Bediensteten des Landes genutzt wird. Denn internationale Erfahrung ist nicht nur für diejenigen, die sie machen, eine Bereicherung, sondern sie stärkt auch die Europäische Zusammenarbeit ganz konkret. Damit leisten wir auch einen Beitrag, die zivile Krisenprävention auf EU-Ebene zu stärken.

Dass regionale Zusammenarbeit auch über die EU hinaus konkreten Mehrwert für Bürger*innen, Wissenschaftsakteure und Unternehmen bieten kann, zeigt das Engagement Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum. Die EU-Perspektive für die Ukraine, Moldau und die Länder des Westbalkans hat seit dem Angriff des russischen Regimes auf die Ukraine eine neue Dringlichkeit

erhalten. Wir begrüßen die erhöhte politische Aufmerksamkeit für die EU-Erweiterung auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sehen wir auch das Land in der Verantwortung, denn Baden-Württemberg hat sich mit seiner führenden Rolle bei der EU-Donauraumstrategie und als früher Fürsprecher der EU-Integration des Westbalkans als verlässlicher Partner im Donauraum etabliert. Wir setzen uns daher für eine noch intensivere interregionale Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidatenländern ein, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Förderung von gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in den Blick nimmt.

Zum Schutz von Frieden, Demokratie und Wohlstand, zur Bewältigung von Herausforderungen in einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes Europa, in dem gemeinsam Lösungen gefunden werden und das von den Bürger*innen Europas getragen wird.

In Baden-Württemberg arbeitet die Grün-geführte Landesregierung an starken Wurzeln des Europäischen Projekts. Für ein Europa, das sich den aktuellen Herausforderungen mutig stellt und Zukunft gestaltet, brauchen wir aber auch starke Grüne im Europäischen Parlament. 2024 wird das Europäische Parlament neu gewählt: Wir Grüne kämpfen auch in Baden-Württemberg dafür, dass es im nächsten Europäischen Parlament mit starken Grünen eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit gibt!

EU Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

| | |
|---|---|
| Gremium: | Landesvorstand |
| Beschlussdatum: | 12.05.2023 |
| Tagesordnungspunkt: | EU Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa |

# Europas Wurzeln kräftigen und gemeinsam vorangehen: Für ein starkes Baden-Württemberg in einem starken Europa

Nur gemeinsam sind wir stark
Wir leben in einer Zeit, die von globalen Krisen und Herausforderungen geprägt ist, deren Dimensionen nationalstaatliche Handlungsräume bei weitem übersteigen. Die Corona-Pandemie, die sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Folgen des russischen Einmarsches in die Ukraine oder die Klimakatastrophe lassen sich nur in enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit unseren europäischen und internationalen Partner*innen meistern. Diese multiplen globalen Krisen, die auch in Baden-Württemberg spürbar sind, verdeutlichen nochmals, dass ein starkes und handlungsfähiges Europa aus baden-württembergischer Perspektive kein Selbstzweck ist: Eine demokratische, ökologisch und wirtschaftlich starke Europäische Union liegt auch im Interesse unseres Bundeslandes. Auch deshalb gehört die Stärkung Europas zu den Leitlinien Grüner Landespolitik.

Baden-Württemberg ist mit seinen 11 Millionen Einwohner*innen größer und wirtschaftlich stärker als mancher Mitgliedstaat der Europäischen Union. Das verleiht bei europapolitischen Fragen Gewicht, ist aber auch mit Verantwortung verbunden. Auch in Zukunft muss Baden-Württemberg daher sein politisches Gewicht für gemeinsame europäische Lösungen zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für einen starken und sozialen Binnenmarkt mit nachhaltigem Wachstum, für faire Handels- und Arbeitsbedingungen und eine zukunftsfähige und humane Migration einsetzen. Noch nie zuvor waren Grüne gleichzeitig in Baden-Württemberg und - mit BMWK und Auswärtigem Amt – auch auf Bundesebene an europapolitisch entscheidenden Stellen in Regierungsverantwortung. Diese Chance wollen wir nutzen, um Europa mit vereinten Kräften weiterzuentwickeln.

Geographisch hat Baden-Württemberg eine besondere Position im Herzen Europas an zwei großen europäischen Flüssen, dem Rhein und der Donau. Die Entwicklung des Friedensprojekts Europa lässt sich eindrucksvoll anhand dieser beiden Flüsse skizzieren. Lange war die deutsche Perspektive auf den Rhein geprägt vom nationalistisch aufgeladenen Mythos des „deutschen Flusses“. Sowohl Deutschland als auch Frankreich erhoben Anspruch auf den 1.233 Kilometer langen Fluss als Nationalsymbol, immer wieder war das rohstoffreiche Rheingebiet Gegenstand militärischer Auseinandersetzungen. Heute trennt der Rhein nicht mehr, sondern versinnbildlicht die engen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und vor allem freundschaftlichen Bande, die Baden-Württemberg mit seinen französischen Partnerregionen pflegt. Ziel für uns Grüne in Baden-Württemberg ist es, die grenzüberschreitenden Kooperationen am Oberrhein, wie auch am Bodensee und am

Hochrhein unter anderem in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Verkehr und Tourismus weiter voranzutreiben. Eine solche Zusammenarbeit über Grenzen hinweg birgt beispielsweise nicht nur große Potentiale im Bereich wirtschaftlicher Entwicklung, sondern macht den Mehrwert Europas durch vereinfachte Verwaltungsvorgänge, durch grenzenloses Reisen und durch Begegnungen mit den Bürger*innen der Nachbarstaaten auch für die Menschen in Baden-Württemberg erfahrbar. Mit der Europa-Wahl vor der Haustür ist es unsere Aufgabe, in den Kommunen und Wahlkreisen vor Ort verstärkt für die konkreten Vorteile zu werben, die Europa jetzt schon bietet.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Osterweiterung wurde ein weiterer großer europäischer Fluss, die Donau, zur Entwicklungsachse eines neuen Europas. Auf ihrem Weg vom Ursprung im Schwarzwald bis ins schwarze Meer fließt die Donau durch 10 Länder und verbindet unser Bundesland mit den Ländern Mittel und Ost-Europas. Wir unterstützen eine Fortsetzung der EU-Donauraumstrategie durch die baden-württembergische Landesregierung, mit der fruchtbare Kooperationen mit den Staaten entlang der Donau in den Bereichen von Umweltschutz, Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt gefördert werden.

Die Erweiterung der Union entlang der europäischen Lebensader Donau ist allerdings noch nicht beendet: An der Mündung der Donau liegt die Ukraine - ein Land, das seit über einem Jahr mit dem höchstmöglichen Preis einsteht für das, was Europa im Kern ausmacht: Frieden und Freiheit. Wir verstehen es daher als unsere Verpflichtung, der Ukraine beizustehen und sie zu unterstützen. Unsere Unterstützung wird nicht enden, wenn die Kämpfe enden. Denn dann beginnt der Wiederaufbau eines Landes, dessen Aufnahme in die Europäische Union uns alle stolz machen wird.

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert eine Zäsur für ganz Europa und hat uns wieder bewusst gemacht, welch unverändert große Bedeutung das europäische Projekt auch als Garant für Frieden hat. Gerade angesichts äußerer Bedrohungen wie eines aggressiv agierenden Russlands, aber auch im Lichte eines erstarkenden Nationalismus in einigen Ländern der EU, sind wir alle gefordert, für die europäischen Werte Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit einzustehen, auch an den europäischen Außengrenzen.

Wir wollen Europa “von unten” stärken, indem Entscheidungsprozesse innerhalb der europäischen Institutionen demokratisiert werden. Durch einen Ausbau von Informationsmöglichkeiten über europäische Politik, grenzüberschreitenden Austauschmöglichkeiten und gemeinsamer Infrastruktur über Grenzen hinweg muss eine gesamtgesellschaftliche Unterstützung des europäischen Projekts gefördert werden. Für gestärkte Wurzeln der Europäischen Union ist es aus unserer Sicht unabdingbar, dass Bürger*innen in Zukunft ihre Vorstellungen von Europa vermehrt einbringen und auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Für uns ist klar: Europa ist dann stark, wenn es ein Europa der Europäer*innen ist!

Mit dem europäischen Green Deal unser Klima schützen und europäische Wirtschaft zukunftsfähig gestalten!
Im Zentrum der Grünen Klima-, Energie-, Wirtschafts- und Umweltpolitik steht die Garantie von Freiheit und Gerechtigkeit für uns und für kommende Generationen. Wir sind die erste Generation, die ein Leben ohne fossile Kohle, Öl und Gas führen können wird. Der Klimaschutz ist in den letzten Jahren ins Zentrum der europäischen Politik gerückt. Die starke Stimme der europäischen Jugend, die

Millionen von Bürger*innen auf der Straße, aber auch Stimmen aus Wissenschaft und Wirtschaft haben den europäischen Green Deal erst möglich gemacht. Der schnelle Ausbau von Sonnen- und Windkraft, ein klimaschutzermöglichender $CO_2$-Preis und die notwendige Umstellung auf E-Mobilität konnten bereits umgesetzt werden. Diese Grünen Erfolge sind erst der Anfang: Die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 Grad ist für uns eine Menschheitsaufgabe. Baden-Württemberg befindet sich dabei bereits auf dem richtigen Pfad: Das für Baden-Württemberg festgesetzte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 muss für ganz Europa ein mutiges Vorbild sein.

Der Abkehr von den fossilen Energieträgern ist eine geopolitische Notwendigkeit, die erneuerbaren Energien sind dabei Garant für niedrige Preise und für Unabhängigkeit von aggressiven Diktator*innen wie Putin. Dank neuer EU-Gesetze werden auch in Baden-Württemberg die Genehmigungsprozesse für erneuerbare Energie-Projekte spürbar beschleunigt. Auch die industrielle Holzverbrennung zur Stromgewinnung kann keine Option sein. Wir dürfen nicht zulassen, dass unser Energiehunger weltweit Wälder, die als Kohlenstoffsenken einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, zerstört. Regionale Holznutzung aus nachhaltiger Waldwirtschaft zur Wärmegewinnung kann dagegen einen Beitrag in der Energiewende leisten. Ein klimafreundliches Europa braucht allerdings auch seine Bürger*innen als Treiber*innen der Energiewende. Dazu sind integrierte europäische Energienetze nötig und Bürger*innen, die zu Energieproduzent*innen werden, sei es über die Solaranlagen auf dem Dach oder dem Balkon, über das dezentrale Ein- und Ausspeichern von Strom und die Beteiligung an Bürger*innen-Energiegenossenschaften.

Ein Viertel der europaweiten $CO_2$-Emissionen ist auf den Verkehrssektor zurückzuführen. Das macht klar: Europäischer Klimaschutz braucht eine echte europäische Verkehrswende. Baden-Württemberg hat bereits wichtige Schritte zum Ausbau von nachhaltigem Verkehr und öffentlichem Nahverkehr umgesetzt, die europaweit als Vorbild dienen können. Die EU kann durch gezielte Maßnahmen den Rahmen setzen für eine saubere, inklusive, auf unterschiedlichen Verkehrsmitteln beruhende, grenzüberschreitende Mobilität im Personen- und Güterverkehr in ganz Europa. Mit Nachtzügen können attraktive Verbindungen zwischen den europäischen Metropolen ausgebaut und besonders klimaschädliche Flüge vermieden werden.

Der Ausbau der Erneuerbaren und die Modernisierung unserer Industrie ist kein selbstloses Handeln der Europäer*innen, denn längst gibt es einen globalen Wettbewerb darum, wo die grünen Zukunftstechnologien entstehen. China und die USA drohen Europa dabei vorauszueilen. Außerdem liegt auf der Hand, dass es dort, wo Strom aus Sonne und Wind fließt, die günstigste Energie gibt. Der schnelle Ausbau der Erneuerbaren verspricht Standortvorteile für Europa. Deshalb müssen wir in der Europäischen Union so schnell wie möglich zu einer Energieversorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energien kommen und den Aufbau einer grünen Wasserstoffwirtschaft schnell voranbringen.

Die massiven Subventionsprogramme für die Klimaindustrie in den USA und China sind eine Chance, denn sie können eine Hebelwirkung für klimafreundliche Investitionen in den beiden Ländern auslösen. Gleichzeitig sind sie auch eine Herausforderungen: Auch in Europa brauchen wir einen industriellen Aufbruch, um den Anschluss an China und die USA nicht zu verlieren. Dazu ist eine gemeinsame europäische Industriepolitik notwendig. Diese muss von Bulgarien bis Portugal

gelingen. Dazu sind neben dem Abbau bürokratischer Hürden und besseren Rahmenbedingungen für Innovation auch zusätzliche gemeinsame finanzielle Anstrengungen notwendig, ohne dabei in einen Subventionswettlauf zu verfallen. Die Produktion von Solar- und Windkraftanlagen, von Speichern, Wärmepumpen und Elektrolyseuren, von grünem Stahl und grüner Chemie sowie von batterieelektrischen Fahrzeugen muss in Europa gelingen, Innovation und Technologien müssen hier gehalten und vorangebracht werden. Dort finden sich gute und sichere Industrie-Arbeitsplätze und der Wohlstandsmotor der Zukunft. Gerade Baden-Württemberg, mit seinen innovativen Köpfen und seinem herausragenden Maschinen- und Anlagenbau, hat die Chance, im Zentrum dieser Modernisierung zu stehen. Es ist wichtig, dass auch die wirtschaftlich starken Regionen in Europa von europäischer Förderung profitieren. Oft verbieten europäische Binnenmarktregeln dem Land Baden-Württemberg die Unterstützung. Das muss sich ändern, denn gerade in Baden-Württemberg leben wir mit unseren Strategie-Dialogen vor, wie erfolgreiche Industriepolitik funktioniert. Gerade beim Beihilferecht treten wir dafür ein, dass Möglichkeiten zur Ansiedelung von Unternehmen auch für Innovationsregionen wie Baden-Württemberg geschaffen werden, um die Transformation kraftvoll und als Motor voranzutreiben. Hierbei kommt auch dem Ausbau von Produktionskapazitäten im Gesundheitsbereich eine entscheidende Rolle zu. Auch der Bereich der digitalen Zukunftstechnologien ist von industriepolitischen Herausforderungen geprägt. Die EU hat mit ihrem Ansatz der „ethischen KI“ die Chance, einen Prototyp der Regulierung von künstlicher Intelligenz auszuarbeiten, der globale Strahlkraft entfalten kann. Für ein Hochtechnologieland wie Baden-Württemberg gilt es, diese Prinzipien mit Leben zu füllen und so ihre Umsetzung sicherzustellen.

Eine zentrale Aufgabe ist es, eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen zu schaffen. Die Energiewende und die Digitalisierung werden ohne kritische Rohstoffe nicht funktionieren. Gleichzeitig ist Europa wie Baden-Württemberg etwa bei einzelnen weiterverarbeiteten Rohstoffen übermäßig abhängig von China. Solche gefährlich hohen ökonomischen Abhängigkeiten machen es uns schwer, dem chinesischen Regime auf Augenhöhe zu begegnen, sie gefährden unsere politische Handlungsfähigkeit und auch unsere Sicherheit. Deshalb müssen wir in Europa Abhängigkeiten reduzieren und Verwundbarkeit minimieren. Es ist gut und war dringend notwendig, dass das europäische Rohstoffgesetz, der Critical Raw Materials Act, die EU-Rohstoffgewinnung sowie Weiterverarbeitung und Recycling in Europa vorangebracht wird. Dadurch haben wir auch die Chance, neue Technologien und Prozesse zu entwickeln, um Eingriffe in die Natur zu minimieren und Naturverbrauch zu begrenzen. Bei der Kreislaufwirtschaft wollen wir in Baden-Württemberg mit an der Spitze sein für eine größere europäische Resilienz.

Für eine innovative und resiliente Wirtschaft gilt es, den europäischen Binnenmarkt 30 Jahre nach dessen Gründung weiter zu stärken und die Beziehungen zu unseren internationalen Partnern auszubauen. Gerade Baden-Württemberg, unser Mittelstand und unsere großen global player profitieren davon, dass die EU Rohstoffpartnerschaften mit Leben füllt, faire Handelsverträge voranbringt, Lieferketten diversifiziert, gemeinsam internationale Standards setzt. Nur in einer handlungsfähigen Europäischen Union kann Baden-Württemberg weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein und können wir unserer klimapolitischen Verantwortung gerecht werden.

Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt
Die Ziele des europäischen Green Deals im Bereich Umweltpolitik und

Landwirtschaft, der Schutz und die Wiederherstellung der natürlichen Ökosysteme, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und die Verbesserung der menschlichen Gesundheit, muss in Zukunft mit stärkerem Nachdruck verfolgt werden. Konkret möchten wir Grüne erreichen, dass die Ökosystemfunktionen unserer Wälder, Wiesen und Moore anerkannt und gefördert werden. Für den Erhalt von Flächen muss es als alternative wirtschaftliche Nutzung Förderung geben.

Die EU muss Treiber der Transformation hin zu einer ökologischen, naturnahen Landnutzung sein. Zum Schutz freilebender Arten müssen Rückzugsorte für Wildtiere durch nutzungsfreie Ökosysteme (z.B. Bannwald) geschaffen werden. Die Kommunen müssen bei einem effektiveren Schutz von Flora-Fauna-Habitat-Gebieten unterstützt werden. Wir brauchen unsere Wälder als Klimaregulierer und Schatzkammern der Biodiversität. Darum müssen Kahlschläge – die großflächige Abholzung von Gebieten und damit Zerstörung des Ökosystems Wald – in ganz Europa verboten werden. Für konsequentes Monitoring sowie finanzielle Förderprogramme benötigen wir eine klare Definition einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Wir wissen, dass wir durch angepasstes Waldmanagement der Trockenheit der Wälder zuvorkommen und somit Waldbrände begrenzen können. Baden-Württemberg ist mit 1,4 Mio. Hektar Wald eines der waldreichsten Bundesländer. Wir Grüne packen an für den Wald - denn Waldschutz ist Klimaschutz!

Es gilt, unsere Lebensgrundlagen europaweit zu schützen und vor Ort konkrete Lösungen anzubieten. Insbesondere muss die EU landwirtschaftliche Betriebe stärken, die für gesunde und schmackhafte Nahrungsmittel, fruchtbare Böden, sauberes Wasser, gute Tierhaltung und für den Erhalt der Lebensräume von Insekten und Vögeln sorgen. Wir müssen weg von der Flächenförderung und hin zur Förderung von ökologischen und regionalen Bewirtschaftungsformen.

Wir wollen allen Bürger*innen ermöglichen, sich gesund und nachhaltig ohne Lebensmittelverschwendung zu ernähren. Die EU kann über die Förderung des Ökolandbaus sowie die Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln Bio wieder attraktiver machen und faire Preise in der Landwirtschaft voranbringen. Das EU-Vergaberecht und Förderprogramme der Vom Hof auf den Tisch-Strategie können vor Ort für mehr Bio in den Kantinen für Groß und Klein sorgen und regionale Lieferketten fördern.

Für ein Europa der Bürger*innen
Die baden-württembergische Landesverfassung enthält das klare Bekenntnis, Baden-Württemberg in einem vereinten Europa zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen aktiv mitzuwirken.

Die Grün-geführte Landesregierung hat dieses Ziel immer vorangestellt und mit dem Europa-Leitbild europapolitische Grundsätze erarbeitet, die die maßgeblichen Leitlinien unserer Europapolitik definieren. Ein ganz wichtiger Baustein: Wir machen Europapolitik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam – in verschiedenen Bürgerdialogen im ganzen Land. Mit unserem Europadialog haben wir im Land bereits im Jahr 2018 eine Blaupause für einen gelungenen Dialogprozess zu Europa geliefert. Viele Elemente daraus hat sich die EU-Kommission zum Vorbild genommen, als sie die Konferenz zur Zukunft der EU mit breiter Beteiligung europäischer Bürger*innen konzipiert hat.

Für uns Grüne ist es zentral, dass diese Ergebnisse aus der Zukunftskonferenz, die zusammen mit Bürger*innen erarbeitet worden sind, jetzt auch zügig umgesetzt werden: Wollen wir Europa stärken, müssen wir es z.B. durch

Mehrheitsentscheidungen in der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Finanzpolitik, durch den Aufbau krisenfester Wirtschafts- und Gesundheitssysteme und durch eine Reform der europäischen Institutionen weiterentwickeln. Insbesondere bei einer Reform des europäischen Institutionengefüges wollen wir auch künftig die Bürger*innen einbinden und Bürgerdialoge auf europäischer Ebene institutionalisieren.

Europa zu stärken heißt für uns aber auch, Europa zu leben. Im Austauschprogramm Erasmus+ können Studierende interkulturelle Kompetenz und Sprachkompetenzen ausbauen und damit ihre Karrierechancen auf einem europäischen Arbeitsmarkt begünstigen. Unser Kontinent rückt durch das Austauschprogramm auch auf privater Ebene zusammen: Seit Beginn des Programms im Jahr 1987 wurden über eine Million Erasmus-Babys geboren. Für uns Grüne ist aber zentral, dass die europäischen Austauschprogramme noch stärker auch für Menschen geöffnet werden, die eine Ausbildung machen. Die Möglichkeiten für Schüler*innen und Auszubildende, aber auch für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal sind oft noch gar nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir in Baden-Württemberg mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit angehen.

Zu einem Europa der Bürger*innen gehört auch, dass wieder mehr Menschen die Sprache der Nachbar*innen lernen. Das Erlernen von Französisch, insbesondere an Grundschulen, hat für uns aufgrund der Nähe zu Frankreich einen besonderen Stellenwert. Um ein besseres Verständnis politischer Prozesse, Institutionen und Themen auf europäischer Ebene zu etablieren, muss eine stärkere Vermittlung europapolitischer Inhalte an den Schulen in Baden-Württemberg stattfinden.

Für ein demokratisches und rechtsstaatliches Europa
Wir Grüne stehen für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der EU und für eine lebendige, europäische Demokratie, an der die Bürger*innen direkt teilhaben. Unser Ziel ist es, die Rechtstaatsinstrumente der EU konsequenter zu nutzen und weiterzuentwickeln. Wir begrüßen die Einsetzung einer deutsch-französischen Expert*innengruppe, die unter anderem hierzu konkrete Vorschläge erarbeiten soll. Baden-Württemberg ist vielfältig in Europa engagiert. Von unseren Partnern erwarten wir ein klares Bekenntnis zu europäischen Grundwerten wie dem Schutz von Minderheiten und dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Als Land stärken wir konkret die demokratische Zivilgesellschaft vor Ort, etwa über gemeinsame Projekte wie die Regionalen Rechtsstaatsdialoge oder das Danube Youth Council.

Wir unterstützen den Einsatz der EU-Kommission für Medien-, Presse- und Informationsfreiheit und digitale Grundrechte sowie den Kampf gegen Fake News in der gesamten EU. Wir bringen uns konstruktiv in die Debatte um eine auch für Deutschland und die Bundesländer sinnvolle Ausgestaltung des Europäischen Medienfreiheitsgesetzes, das die Unabhängigkeit und Pluralismus von Medien stärkt, ein. Außerdem unterstützen wir die Umsetzung des Europäischen Gesetzes über digitale Dienste, das unter anderem zu einem sicheren und vertrauenswürdigeren Online-Umfeld für die europäischen Nutzer*innen beiträgt. Gleichzeitig drängen wir in Debatten um die Regulierung des digitalen Raums auch weiterhin auf die Achtung von digitalen Grundrechten wie der Redefreiheit im Internet und lehnen die Einführung einer Chatkontrolle ab.

Wir Grüne wollen Europawahlen europäischer und lebendiger machen. Wir stehen für die Einführung transnationaler Listen und eines Spitzenkandidat*innenprinzips

bei Europawahlen, um den gesamteuropäischen Charakter der Wahl und die unmittelbare Legitimation von Spitzenpositionen in der EU durch die Wähler*innen zu stärken. Über den Bundesrat wollen wir deshalb entsprechende Initiativen wie den Wahlrechts-Vorschlag des Europaparlaments von 2022 aktiv unterstützen und bei unseren europäischen Partner*innen dafür werben.

Für ein Europa, das für gute Arbeit, humane Migrationspolitik und soziale Sicherheit steht

Als Grüne Baden-Württemberg setzen wir uns für die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde auch an den europäischen Außengrenzen ein. Wir Grüne stehen für eine Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung in Einklang bringt, beispielsweise durch das Eintreten für eine Verbesserung der Asylverfahren und die Förderung von legalen Migrationswegen. Die EU muss dafür sorgen, dass das Sterben im Mittelmeer endet. Eine Flucht nimmt kein Mensch grundlos auf sich, weshalb wir durch die Unterstützung von den Menschen in Herkunfts- und Transitländern die Ursachen von Flucht und Migration bekämpfen wollen.

Viele neue Arbeitsplätze werden durch den Wandel zu einer klimaneutralen Produktion und neuer Klimaindustrie geschaffen, doch gleichzeitig kämpfen wir landes- und europaweit gegen den Fachkräftemangel. Diesen wollen wir mit Programmen zur Integration und beruflichen Aus- und Weiterbildung von hier lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte, sowie einer Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen verringern. Die erfolgreiche Westbalkan-Regel, mit der Staatsangehörige der sechs Balkanländer ohne formales Qualifikationserfordernis, sondern unbürokratisch auf Basis der Entscheidung von europäischen Arbeitgeber*innen Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erhalten, sehen wir als gutes Beispiel der Integration und unterstützen die Weiterentwicklung und Ausweitung auf andere Regionen.

Uns Grünen ist es ein Anliegen, dass die europäische Energiewende sozial gerecht erfolgt. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung des europäischen Klimasozialfonds aus, mit dem schutzbedürftige, z.B. einkommensschwächere Bürger*innen und Kleinstunternehmen bei energetischer Sanierung, Nutzung erneuerbarer Energien und Elektromobilität unterstützt werden.

Wir treten auch europaweit für gute Aus- und Weiterbildungsbedingungen sowie eine europäische Mindestsicherung ein und exportieren positive Aspekte unserer baden-württembergischen Ausbildungskonzepte über unsere Unternehmen und unseren regionalen Kooperationen in unsere Partnerregionen. Projektpartner*innen aus anderen europäischen Regionen bieten wir technische und finanzielle Unterstützung bei Projekten zur Förderung der Beschäftigung, Bildung oder sozialen Integration an. Dem Ausnutzen von Arbeitnehmenden, wie durch das “Slave Law” in Ungarn, das Arbeitgeber*innen unter anderem die Anordnung von bis zu 400 Überstunden erlaubt, wirken wir entschieden entgegen.

Für ein Europa, das Regionen und Menschen verbindet

Die Zusammenarbeit an konkreten grenzüberschreitenden Projekten in den Grenzregionen schafft Zusammenhalt und Erleichterungen, von denen die Menschen im Alltag profitieren. Wir unterstützen insbesondere eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Rettungsdienste, des Katastrophenschutzes und der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Auch für Klima und Umwelt kann die Zusammenarbeit einen Mehrwert bringen, wie das Wärmebündnis Kehl-Straßburg

zeigt. Der Ausbau grenzüberschreitender Bahnverbindungen wie auf den Strecken Rastatt-Haguenau-Saarbrücken sowie Colmar-Freiburg und die grenzüberschreitende Vernetzung der CO2-armen Verkehrsträger haben für uns höchste Priorität.

Rechtliche und administrative Hemmnisse, die grenzüberschreitenden Projekten im Wege stehen, sollen so weit wie möglich abgebaut werden. Wir unterstützen die Schaffung von Instrumenten auf europäischer Ebene, die helfen, solche Hindernisse systematisch zu identifizieren und abzubauen. Hier sehen wir im Kontext der Vier Motoren für Europa weiteres Verbesserungspotential, um diese Kooperation zwischen den wirtschaftsstarken Regionen noch weiter zu stärken. Mit dem neuen Business Passport haben die vier Regionen bei Übernahme der baden-württembergischen Präsidentschaft ein gelungenes Projekt weiterentwickelt, mit dessen Hilfe kleine und mittelständische Unternehmen, die sich beispielsweise für den Aufbau von Geschäftsbeziehungen oder Ansiedlungen in einer Partnerregion interessieren, schnelle und passgenaue Angebote erhalten.

Wir wünschen uns von der deutschen und französischen Regierung eine noch engere Zusammenarbeit bei der einheitlichen Umsetzung von EU-Richtlinien, insbesondere in den Grenzregionen. Damit können Probleme wie beispielsweise die Nichtanerkennung der Umweltplakette im Nachbarland künftig vermieden werden. Der Aachener Vertrag bietet zudem eine Experimentierklausel, die für bestimmte Projekte Ausnahmen von nationalem Recht ermöglicht - von ihr wollen wir auch Gebrauch machen.

In der Pandemie mussten wir lernen, wie schmerzhaft es für die Menschen ist, wenn unsere offene Grenze nach Frankreich plötzlich wieder geschlossen ist. Das darf künftig keine Option mehr sein!

Auch nach dem Ende der Coronamaßnahmen machen viele Menschen von der Möglichkeit Gebrauch, im Home Office zu arbeiten. Wir fordern von der Bundesregierung eine Neuregelung der Telearbeit, um Grenzgänger*innen auch in Zukunft ohne Wechsel des Sozialversicherungssystems zu ermöglichen, mehr als 25 Prozent ihrer Arbeitszeit entweder mobil oder in Telearbeit in ihrem Wohnsitzland zu leisten. Nach dem Scheitern des Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz wollen wir in Baden-Württemberg dazu beitragen, dass die Zusammenarbeit mit unseren Schweizer Nachbarn einen neuen Schub erhält. Wir begrüßen es sehr, dass EU-Kommission und Schweizer Regierung an der Sicherung und der Weiterentwicklung des bilateralen Weges arbeiten. Wir brauchen innerhalb Europas mehr Kooperation und nicht weniger. Mit der angelaufenen Fortschreibung der Schweiz-Strategie hat auch das Land ein wichtiges Gestaltungsinstrument für die weitere Vertiefung der Beziehungen in der Hand. Gerade in diesen industrie-, klima- und geopolitisch herausfordernden Zeiten sind Kooperationen mit der Schweiz, unter anderem in den Bereichen Wissenschaft & Innovation, Energieversorgung, Gesundheit und Wirtschaft, unabdingbar.

Die deutsch-französische Partnerschaft ist auch im Bereich der inneren Sicherheit von großer Bedeutung. Das Zentrum der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit und die deutsch-französische Wasserschutzpolizei in Kehl sind Vorbilder für gemeinsame Zentren und leben den europäischen Gedanken. Da Sicherheit grenzüberschreitend organisiert sein muss, setzen wir uns für den Ausbau solcher Kooperationen ein.

Dass regionale Zusammenarbeit auch über die EU hinaus konkreten Mehrwert für Bürger*innen, Wissenschaftsakteure und Unternehmen bieten kann, zeigt das

Engagement Baden-Württembergs im Rahmen der EU-Strategie für den Donauraum. Die EU-Perspektive für die Ukraine, Moldau und die Länder des Westbalkans hat seit dem Angriff des russischen Regimes auf die Ukraine eine neue Dringlichkeit erhalten. Wir begrüßen die erhöhte politische Aufmerksamkeit für die EU-Erweiterung auf europäischer Ebene. Gleichzeitig sehen wir auch das Land in der Verantwortung, denn Baden-Württemberg hat sich mit seiner führenden Rolle bei der EU-Donauraumstrategie und als früher Fürsprecher der EU-Integration des Westbalkans als verlässlicher Partner im Donauraum etabliert. Wir setzen uns daher für eine noch intensivere interregionale Zusammenarbeit mit den EU-Beitrittskandidatenländern ein, die die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Förderung von gesellschaftlicher und politischer Vielfalt in den Blick nimmt.

Zum Schutz von Frieden, Demokratie und Wohlstand, zur Bewältigung von Herausforderungen in einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes Europa, in dem gemeinsam Lösungen gefunden werden und das von den Bürger*innen Europas getragen wird.

In Baden-Württemberg arbeitet die Grün-geführte Landesregierung an starken Wurzeln des Europäischen Projekts. Für ein Europa, das sich den aktuellen Herausforderungen mutig stellt und Zukunft gestaltet, brauchen wir aber auch starke Grüne im Europäischen Parlament. 2024 wird das Europäische Parlament neu gewählt: Wir Grüne kämpfen auch in Baden-Württemberg dafür, dass es im nächsten Europäischen Parlament mit starken Grünen eine pro-europäische und sozial-ökologische Mehrheit gibt!